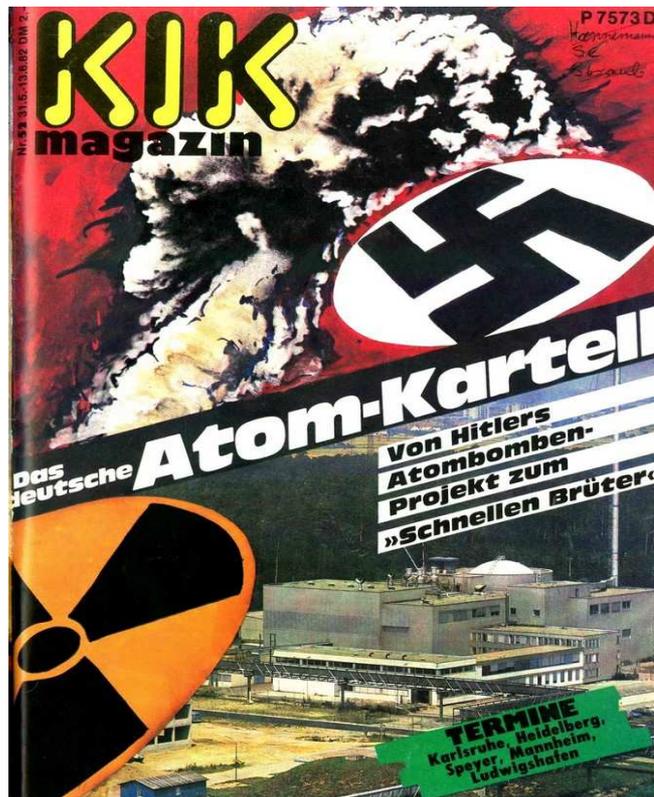


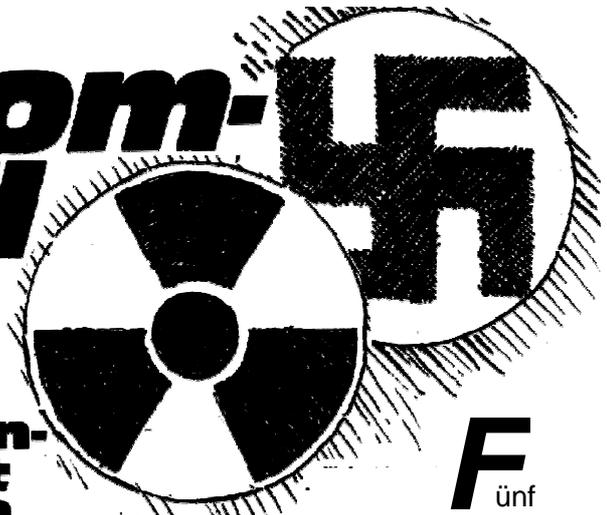
Nr. 52 vom
31.5.-13.6.1982
und Nr. 53 vom
14.6.-27.6.1982

Das deutsche Atom-Kartell

Als zu Beginn des Falkland-Krieges die BBC Enthüllungen über die deutsch/argentinischen Atomkollaboratoren über die englischen TV's flackerten, kamen aus Bonn und vom Kernforschungszentrum sofort die obligatorischen offiziellen Dementis. Merkwürdig: auch die meiste "freie Presse" war mit der amtlichen Einschätzung einverstanden, man las über den "Polit-Krimi", die "erfundenen Unterstellungen". Offensichtlich war ein zu heikler Punkt berührt worden: die tiefbraune Vergangenheit von Walther Schnurr, ein Verantwortlicher für Reaktorbau, Kernforschung, Atomexport ... Was ist an der Story dieses Alt-Nazis dran? Wer, zusammen mit ihm, organisierte die Kernenergieforschung und -nutzung? Wer zieht die Fäden im deutschen Atom-Geschäft? Nach Lektüre tausender von Seiten über die deutsche Atomwirtschaft, nach Überprüfung unzähliger Biographien und Gesprächen mit Betroffenen stand für Bericht-Autor Hans Nuns fest: Walther Schnurr war nicht die Ausnahme, sondern die Regel.



Von Hitlers Atom bomben-Projekt zum »Schnellen Brüter«



Fünf

Jahre nach den Atombomben über Hiroshima und Nagasaki zählte man über 500.000 Opfer dieser vernichtendsten und grausamsten Waffe der Weltgeschichte. Mit riesiger Anstrengung war den Amerikanern die fatale Entwicklung gelungen, für die sich auch die besten deutschen Wissenschaftler im NS-Staat ereifert hatten.

Nach Erreichen des "atomaren Patts" mit der Sowjetunion dachte die USA an den Export ihrer Atom-Technologie. Die Amerikaner schickten sich an, die Welt mit den »Segnungen der friedlichen Atomenergienutzung« zu beglücken – wie Eisenhower es in der heuchlerischen Rede »Atome für den Frieden« im Dezember 1953 vor den UN in Genf verkündete. Dort begann das Märchen der »peaceful atoms«, mit dem die Atombombenlobby lange die Öffentlichkeit narrete, nämlich mit der Vorstellung, die »unbedenklichen, friedlichen« Aspekte der Kernforschung - die Atomkraftwerke - seien grundsätzlich vom militärischen Zweig - den Atombomben - zu trennen. Das stimmt nicht, ganz einfach, weil das eine das andere ermöglicht. Spätestens seitdem die USA 1977 erfolgreich eine Bombe mit Plutonium von »normaler Reaktorqualität gezündet haben, bestehen keine Zweifel mehr an der Verwendbarkeit gewöhnlicher »friedlicher« Atomkraftwerke für militärische Zwecke.

Nicht umsonst reagiert die Bundesregierung mit so vielen Dementis, wenn, wie jüngst wieder bei der Enthüllung deutsch / argentinischer Atomzusammenarbeit, sie auf diesem extrem heiklen Sektor entlarvt wird. Denn allein durch Anwendung und Export deutscher Reaktortechnologie entsteht solches Bombenplutonium in Biblis (BRD), Kanupp (Pakistan), Atucha (Argentinien), Pelindaba (Südafrika) und demnächst in Brasilien.

Die weitere innenpolitische Entwicklung schließt keineswegs aus, daß sich die künftige Bonner

Regierung ein autonomes Atombombenpotential zulegen könnte. Architekten dieser extrem verhängnisvollen Entwicklung sind die Mitglieder der deutschen »Atom-Mafia«, deren Biographien, Tätigkeiten und Zusammenspiel Thema dieses Berichtes sind.

Es geht in dieser Dokumentation um den Atom-Kartell der Wirtschaftsriesen, der eigenmächtig, nicht-öffentlich und ausschließlich am Profit der teilnehmende Großkonzerne orientiert, 4 Atomprogramme durchgezogen hat und dabei die Staatskasse um 'zig Milliarden erleichtert hat. Die Protagonisten dieser atomaren Cosa Nostra, die keine Gewaltmittel bei der Durchsetzung ihrer Ziele scheuen (Erinnern Sie sich an Gorleben?) lernten ihre Methoden im III. Reich und befehlen in der Bonner Republik; es sind deutsche Kernphysiker der 'Weltspitzenklasse', die den Nazis beinahe die Atombombe beschert hätten, die Spitzen der Rüstungsmonopole des III. Reiches, die 10 Jahre nach der Kapitulation mit ihrer restaurierten Wirtschaftsmacht das gesamte westdeutsche Atomprogramm entwickelten - mit öffentlichen Geldern, aber zum privaten Profit mit diktatorischer Verfügung, aber zum Risiko von uns allen. Und drittens skrupellose Politiker vom Schlage eines Franz-Josef Strauß. Dieser erste Atomminister der BRD wollte schon 1955 die Bundeswehr atomar aufrüsten; vor 2 Monaten äußerte er sich im »Stern«-Interview (Ausgabe vom 11.3.82): Auf die Frage, ob »es auf Dauer vorstellbar (sei), daß unsere Sicherheit von den USA abhängig sein soll« antwortete Franz-Josef Strauß:

"Ich bin seit vielen Jahren überzeugt, daß wir zwar die Sicherheitsgarantie der Amerikaner und demzufolge eine starke amerikanische Präsenz brauchen, aber selbst mehr Verantwortung übernehmen müssen. Ich wünschte deshalb, daß die Europäer zu einer gemeinsamen Atomwaffe kämen, die auch weiterhin unter NATO-Kommando verbleiben könnte".

Nun, die Franzosen haben ihre »Force de Frappe«, die Briten ebenfalls ihre Atomwaffenautarkie. Welches Europa-Stück bleibt da übrig für eine »europäische Atomwaffe«? Die BRD.

Frühe westdeutsche Atom-Vorspiele

Bis zum Aufblühen der westdeutschen Atomwirtschaft in den 60er Jahren mußte die deutsche Kernforschung erst aus der Isolation geraten, die durch die Mitarbeit von 80% der bedeutenden Kernphysiker an der Atombombenforschung für die Reichswehr bedingt war. Die Alliierten, die zunächst viele dieser berühmten Wissenschaftler ein Jahr lang in England gefangen hielten, hatten festgestellt, daß die Deutschen, trotz mangelnder Finanzierung durch die obersten Nazis, trotz

verzettelter Anstrengungen (es wurden so ziemlich alle möglichen Wege zur Atombombe erforscht und entwickelt) und innerer Streitigkeiten, kurz vor dem Durchbruch in der Bombenforschung standen. Kein Wunder, daß sie zunächst alle angewandte Kernphysik-Forschung unter Verbot stellten. Was die deutschen Atomwissenschaftler keinesfalls daran hinderte, sich wieder schnell zu gruppieren: in der Max-Planck-Gesellschaft, die eine Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik (KWI) war. Hier wurden unter Leitung des Theoretikers Heisenberg und des Kernreaktorexperten Wirtz – dieselben die die Kriegsforschung mit großen Anstrengungen vorangetrieben hatten - Pläne für die durch die Kapitulation unterbrochene Kernforschung ausgearbeitet. Das sind die Physiker, die in den Werbebroschüren der Atomlobby unter dem verharmlosenden Begriff »Uranverein« laufen.

Eisenhowers Rede der friedliebenden Atome schuf für die unternehmungslustigen Kernphysiker, Großindustriellen, Financiers und Politiker die äußeren politischen Starhilfen. So spricht der deutsche »Atompabst Karl Winnacker vom "Füllhorn der

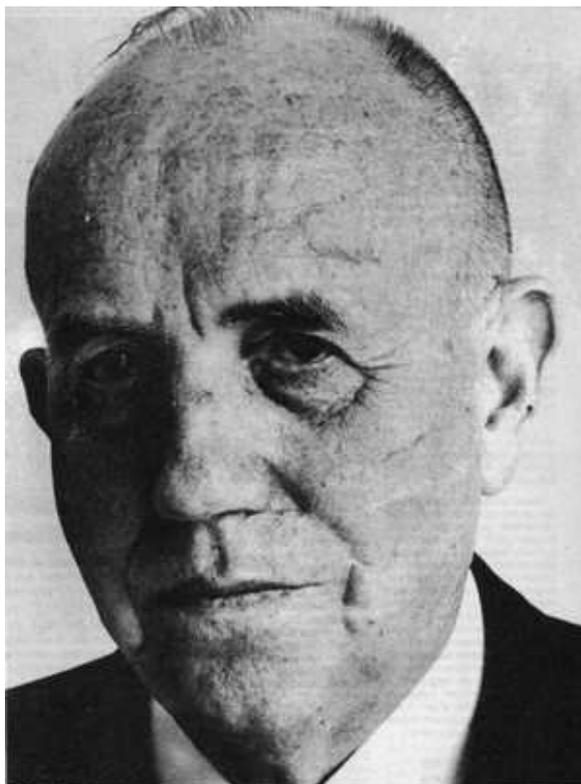


Foto: dpa

„Einzigiger Ausweg Kernenergie“

sagt **Atompabst** Karl Winnacker. Die graue Eminenz der Atomwirtschaft ist einer der am wenigsten bekannten aber einflußreichsten Männer in der BRD. Durch seinen Einsatz in der Rüstungsproduktion der IG-Farben für Hitler stieg er auf zum Direktor dieses riesigen Chemiekonzerns. Nach dem Krieg wurde Winnacker Vorstandsvorsitzender des IG-Farben-Nachfolgekonzerns HOECHST AG und unermüdlicher Vorantreiber des Kernenergie-Wahnsinns.

Amerikaner", das damals den Aufbau einer nationalen Atomtechnologie und später das Mitpokern in der internationalen Atom-Konkurrenz ermöglichte. Die Initiative zu einer westdeutschen Aktivität im Rahmen der von Eisenhower angebotenen Kollaboration (die gleichfalls als US-Oberaufsicht über die internationale Kernforschung konzipiert war), kam von der Max-Planck-Gesellschaft und wurde vom Bundeswirtschaftsminister Erhard vertreten.

Allerdings hatten konkrete politische Bestrebungen, an die unterbrochene und durch alliierten Gesetze verbotene Kernforschung wieder anzuknüpfen, schon viel früher begonnen: 1949, im damals gegründeten »Deutschen Forschungsamt«. Dieser Rat (Vorgänger der »Deutschen Forschungsgemeinschaft«) begann die staatliche Forschungsförderung auszugestalten und richtete sich eine kernphysikalische Kommission ein. Diese erreichte eine deutsche Beteiligung am 1953 gegründeten europäischen Forschungszentrum CERN - eine Rehabilitierung der international noch nicht so salonfähigen Atomwissenschaftler des III. Reiches, ein erster Anschluß an die neuesten Entwicklungen in der Kernphysik.

Karl Winnacker, seit den frühesten Anfängen eine bestimmende Figur des Atom-Kartells, berichtet offenherzig in seinem Buch über Kernenergie in Deutschland (»Das unverstandene Wunder«) über die Pionierzeiten: schon seit 1952 bestanden drei staatliche Fachkommissionen, die sich mit der Planung eines deutschen Kernreaktors befaßten! Zu dieser Zeit verdichtet sich eine Zusammenarbeit, die bald zur atomaren »Cosa Nostra« führen wird. Die erste Fachkommission, unter Wilhelm Bötkes (Chef der Industriebank und Vize-Präsident der Max-Planck-Gesellschaft) kümmerte sich um Finanzierung und Standort. Die zweite Kommission, von Franz Kirchenheimer geleitet, untersuchte die Uranprospektion und die Aufbereitungsmöglichkeiten. In der Leitung der dritten Kommission treffen wir den Kernreaktorexperten Karl Wirtz wieder, die von ihm geleitete Fachkommission befaßte sich mit der Beschaffung von Moderator-Material für einen Kernreaktor. Bis zum unmittelbaren Einmarsch der Alliierten hatte Wirtz noch hartnäckig versucht, mit seinem Uranmeiler im schwäbischen Haigerloch eine Uran-Kettenreaktion in Gang zu bringen - und damit das Material für Hitlers Atombombe zu brüten... Nun saß er wieder mit an der Spitze im deutschen Atom-Abenteuer. Als am 7. März 1961 der erste deutsche Eigenbaureaktor der

»Forschungsreaktor 2« im Kernforschungszentrum in Karlsruhe in Betrieb ging, konnte Karl Wirtz seinen Ruf als "der Erste" bestätigen - dieser »FR 2« wurde unter seiner Leitung konstruiert und errichtet.

In der Jubiläumsschrift »25 Jahre KFZ, 1956-1981« heißt es:

"Im Hinblick auf die Uranvorkommen im Schwarzwald war auch das Land Baden-Württemberg im Gremium (die 1952 beim Bundeswirtschaftsministerium gebildete »Studienkommission für Kernenergie«) vertreten. Und schon im Mai 1953, als die Pläne für einen deutschen Forschungsreaktor klarere Konturen annahm, schlug der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg Karlsruhe als Standort ... vor".

Foto: Keystone



Die „Wiederaufbereitung“

.... funktionierte prima: etliche exponierte Manager der Rüstungsfirmen des NS-Staates („Wehrwirtschaftsführer“) konnten im Bonner Staat Macht und Einfluß ihrer Betriebe restaurieren. Beispiel: Dr. Dr. Karl Knott, im Vorstand der Siemens-Berlin, Mitglied der „Deutschen Atomkommission“, nimmt den Bayerischen Verdienstorden 1960 in Empfang. Die Siemens ist heute Alleininhaber der KWU - die größte deutsche Atomfirma.

Soweit waren die Herren gediehen - man bedenke, daß das Kernforschungsverbot der Alliierten erst 1955 aufgehoben wurde!

Diese Vorbereitungen zeigen daß einige leitende Personen der Wirtschaft, der Politik und der Wissenschaft schon sehr früh auf eine selbständige deutsche Atomwirtschaft hinarbeiteten - im Stillen natürlich, das Verbot hintergehend und die Öffentlichkeit scheuend. Die »Stunde Null« der deutschen Atomwirtschaft fand nicht 1955 in Genf auf der 1. Internationalen Atomkonferenz statt -

wie Karl Winnacker suggeriert (in »Das unverstandene Wunder«), sondern viel früher, insgeheim, in den Amtsstuben der Adenauer-Verwaltung und, vor allem, in den Chefetagen der zu neuer Machtfülle erblühten Großkonzerne.

CDU-Vorschlag 1955: Atomare Aufrüstung der Bundeswehr

Von Anfang an zeigt sich bei den Planungen zum westdeutschen Atomprojekt eine Kopplung an militärische Strategien. Bei den Verhandlungen Adenauer / de Gaulle über die EVA (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) - Adenauers erster offizieller Anlauf zur Remilitarisierung in den Jahren '52 bis '54 - hatte die christlich-demokratische Regierung versucht, für die BRD den Bau eines deutschen 500kW-Forschungsreaktors auszuhandeln – ebenfalls eine Anregung des Göttinger Max-Planck-Instituts. Als das französische Parlament das EVA-Militärbündnis platzen ließ, starb dieser Reaktor-Bauversuch.

Wie weit es mit der ständig zugesicherten »ausschließlich friedlichen« Nutzung der Atomenergie in Deutschland stand, wurde spätestens im Dezember 1955 offensichtlich, als die atomare Aufrüstung der unmittelbar nach der »souveränen BRD« geschaffenen Bundeswehr durch von Bonner Regierungsstellen lancierten Pressemeldungen ins Gespräch gebracht wurde. Ein Jahr später erklärte der gerade vom Atom- ins Verteidigungsministerium umgesattelte Franz-Josef Strauß, die "Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sei beschlossene Sache..."

Die »Physikalische Studiengesellschaft« - die braunen Atom-Manager

Die staatliche Atompolitik, die seit der Schaffung des Atomministeriums »offiziell« wird, folgt von Anfang an dem Diktat der Großkonzerne. Eine Trennung zwischen privatwirtschaftlichen und staatlichen Atom-Zielen ist unmöglich, da die öffentliche Forschungs- und Subventionierungsmaßnahmen perfekt von der atomaren Interessengemeinschaft gesteuert werden. Das Atomkartell entscheidet, der Steuerzahler zahlt.

Die atomare »Cosa Nostra« entwickelte sich ab 1950 in kurzer Zeit zum mächtigsten und einflußreichsten Firmen-Konsortium in der Geschichte des deutschen Kapitals. Ein Großteil der Mitglieder dieser Interessengemeinschaft sind sich gut bekannt aus dem Tausendjährigen Reich, waren in ihrer Mehrheit NSDAP-, SS-, SA-Mitglieder oder sonstwie Förderer und Nutznießer des Nazi-Regimes. In der schwarzen Republik waren sie schnell zu alter Macht und Einfluß gekommen und bilden eine geschickt vernetzte Kontroll- und

Entscheidungsstruktur in der Nachkriegswirtschaft. Sie sitzen in den Aufsichtsräten der Konzerne, Banken und Versicherungen, sie gründeten spezielle Gesellschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele. Das teuerste und gefährlichste Projekt dieser Herren: die Atomwirtschaft.

Schon der entscheidende Impuls zum Bau des ersten deutschen »Eigenbaureaktors« kam nicht von staatlicher Seite, sondern von den restaurierten Mammutkonzernen der Chemie-, Metall- und Elektrobranche. Sie gründeten dafür eine »Physikalische Studiengesellschaft« am 8. November 1954 in den Räumen der Industriekreditbank in Düsseldorf. In der 1974 erschienenen Analyse »Kernforschungspolitik in der BRD« charakterisiert Karsten Prüß:

»... die Gründung dieser Gesellschaft ging auf die Initiative einiger Industrieller zurück, die sich bereits 1950 für den Aufbau einer zivilen Atomwirtschaft in der BRD eingesetzt hatten; die treibenden Kräfte waren vor allem Karl Winnacker (Vorstandsvorsitzender Farbwerke Hoechst, später eine Art graue Eminenz der bundesdeutschen Forschungspolitik) und Menne (Vorstandsmitglied bei Hoechst, prominentes FDP-MdB, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie). Der Physikalischen Studiengesellschaft gehörten die wichtigsten Konzerne der atomwirtschaftlich relevanten Branchen Elektro-, Chemie-, Maschinenbau-, und Metallindustrie an, in denen die BRD bereits wieder ein hohes Potential besaß. Sie bildeten später den Kern der westdeutschen Atomwirtschaft: AEG, Siemens, Hoechst, Bayer, Demag, Deutsche Babcock & Wilcox, BBC, Krupp, Gute-Hoffnungs-Hütte, Mannesmann, Metallgesellschaft. Von diesem Kreis gingen die entscheidenden Initiativen zum Aufbau einer Atomwirtschaft aus, nicht von staatlichen Instanzen ...«

Die Gründung der »Physikalischen Studiengesellschaft«, an der sich 16 Firmen, meist große Konzerne, mit je 100.000 DM beteiligten, war der Startschuß für das ehrgeizige Programm des Atomkartells. Die Ziele waren: a) sich große Brocken des inländischen Energiemarktes zu sichern, b) deutsche KKW's zu entwickeln und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig anzubieten. Diese von Karl Winnacker organisierte Zusammenkunft von Kapital-Mächtigen hatte ein unmittelbares, sofortiges Ziel: den Bau des ersten deutschen Reaktors. Karl Winnacker kommentiert:

" ... das war eine denkwürdige Aufgabe: die Herren aus den Verwaltungsgremien der Physikalischen Studiengesellschaft waren leitende Mitglieder ihrer industriellen Unternehmen. Zwar waren sie in der Mehrzahl Naturwissenschaftler und Techniker, was ihnen jedoch die Kernphysiker an komplizierten Theorien vortrugen, war für sie zunächst völliges Neuland. Sie kannten einiges

von der amerikanischen Entwicklung. Ein umfassendes Bild vom Stand des Reaktorbaus hatten sie sich jedoch nicht machen können. Außerdem waren viele Arbeiten bisher streng geheim gewesen. Im Übrigen hatten sie andere wichtige Arbeiten im Hauptberuf zu erfüllen. Es ging um den Wiederaufbau ihrer Unternehmen, der alle Kräfte beanspruchte. Wer hätte Zeit und Muße für Entwicklungen gehabt, die so weit weg von der Tradition lagen ..."

Weit weg von welcher Tradition? Viele dieser Bosse der Großindustrie hatte vor gar nicht langer Zeit Hitlers Weg zur Macht mitfinanziert, sich an der Wehrwirtschaft des NS-Staates maßlos bereichert, Deutschland ruiniert, unbeschreibliche Not und Elend über Europa gebracht ... sie waren fast alle in hoher Verantwortung am national-sozialistischen Wahn mittätig gewesen. Nachdem der Morgenthau-Plan fallengelassen und die Marshall-Hilfe beschlossen wurde, kamen diese Unternehmen zu alter Wirtschaftsmacht und Einfluß wieder.

Nach der gelungenen Restauration ihrer Macht ging es nun zu neuen Ufern. Lassen wir Prof. Winnacker selbst einige Kollegen dieses Unternehmens vorstellen:

"...die Physikalische Studiengesellschaft konzentrierte sich 1955 auf den Eigenbau des Reaktors in Karlsruhe, der nun nicht mehr umstritten war. Einzelne Persönlichkeiten aus der Industrie haben sich um die Realisierung des Projektes besonders verdient gemacht. Ich erinnere mich lebhaft der vielen Vorbesprechungen, an denen vor allen Dingen teilnahmen: Herrmann Winkhaus (Mannesmann), Hans Reuter (Demag), Paul Reusch (Gute-Hoffnungs-Hütte), Hans Constantin Boden (AEG), Carl Knott (Siemens), Alfred Petersen (Metallgesellschaft), Herrmann Schlosser (Degussa), Ulrich Haberland (Bayer) und Karl Winnacker (Hoechst)"

Eine Runde illustrierter Großindustrieller war das: in der Mehrheit schwer belastete Nazi-Funktionäre und Wehrwirtschaftsführer im III. Reich. Zum Beispiel die erwähnten Herren:

Dr.-Ing. Herrmann Winkhaus, im Aufsichtsrat des Mannesmann-, des Ruhrchemie-, und des AEG-Konzerns, war schon 1945 im Vorstand der Mannesmann AG, außerdem Vorsitzender des »Ausschusses für Technische Leistungssteigerung« und im Präsidium der »Reichsvereinigung Kohle«. In Zusammenarbeit mit Rüstungsminister Speer und Pleiger war Winkhaus am Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegsproduktion beteiligt.

Dr. Hans Constantin Boden, von 1956 bis 1962 Chef des AEG-Konzerns, Aufsichtsrat-Mitglied bei AEG, Mannesmann und Dresdner Bank, war vor der Kapitulation Wehrwirtschaftsführer (im Vorstand

der AEG Berlin) gewesen.

Dr. Carl Knott, langjährig im Vorstand der Siemens-Berlin, war später Vertreter von Siemens in der Deutschen Atomkommission, Mitglied der bayerischen Atomkommission« und im »Beirat Kernenergie« beim baden-württembergischen Wirtschaftsministerium. Im Nazi-Deutschland war Knott Wehrwirtschaftsführer im Vorstand der Siemens-Schuckert-Werke, Berlin.

Herrmann Schlosser war vor der Kapitulation Vorstandsvorsitzender der Degussa und Produktionsbeauftragter für die Chemische Industrie des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion; nach Kriegsende stand Herrmann Schlosser auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste, wurde Ehrenvorsitzender des Degussa-Aufsichtsrats und erhielt das Große Bundesverdienstkreuz.

Karl Winnacker, der aktivste und einflußreichste Antreiber und Lobbyist des Atomkartells. Vor dem 2. Weltkrieg war er von 1933 bis 1936 der SA beigetreten, außerdem NSDAP-Mitglied. Im Rüstungskonzern IG-Farben machte er eine steile Karriere bis zum Werksdirektor; zum Schluß des Krieges gehörte er zur Führungselite des Konzerns (»Kronprinz« von ter Meer, der im Nürnberger Prozeß als Kriegsverbrecher verurteilt, anschließend zum Ehrenvorsitzenden der Hoechst AG ernannt wurde). Die IG-Farben förderte maßgeblich die NSDAP zu den Wahlen von 1933, war im Krieg Hauptlieferant der Wehrmacht (synthetischer Kautschuk, Benzin aus der Kohlehydrierung, Sprengstoffe) und setzte im breiten Maß Zwangsarbeiter in der Produktion ein. Nach dem Krieg stieg Winnacker als Vorstandsvorsitzender vom IG-Farben-Folgekonzern Hoechst ein und trieb die Expansion voran, die diesen Konzern unter die 30 größten Multis der Welt platzierte.

Ulrich Haberland, war ein Kegel-Bruder von Winnacker in den IG-Farben gewesen. Winnacker über den gemeinsamen Aufstieg der "Kronprinzen unserer beiden Werksgemeinschaften Leverkusen und Hoechst": "... die Entwicklung bracht es mit sich, daß Haberland und ich sozusagen Schützlinge von ter Meer waren". Nach dem Krieg und der »Entflechtung« der IG-Farben wurde Haberland Chef des Nachfolgekonzerns Bayer und zusammen mit Hoechst-Chef Winnacker einer der Hauptförderer der Atom-Wirtschaft.

Die »Deutsche Atomkommission« Ein Gentlemen's Agreement der Wirtschaftsriesen

Mit der Souveränitätserklärung, die am 5. Mai 1955 die wirtschaftliche, politische und militärische Einbindung der BRD in den Westen besiegelte, wurde das alliierte Kernforschungsverbot aufgehoben und somit die letzte Barriere beseitigt,

die dem deutschen Reaktorbau der »Physikalischen Studiengesellschaft« im Wege stand.

Ende 1955 ließen sich die Herren des Atomkartells von der Bundesregierung ein für ihre ehrgeizigen Pläne angemessenes Planungs- und Koordinierungsgremium schaffen: die Deutsche Atomkommission. Nach den Wünschen Winnackers und seiner Kollegen wurde die Atomkommission *»ein Gremium, das den Atomminister zu beraten hatte: Männer der Wirtschaft, der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, die zu diesem politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Thema etwas beitragen konnten. Ihre Namen sollten die nötige Resonanz haben und zugleich die Gewähr dafür bieten, daß unerläßliche Hilfsmittel verfügbar gemacht werden konnten ... «*

Unter dem Mitgliedern der am 26. Januar 1956 gebildeten Deutschen Atomkommission: H. J. Abs, H. C. Boden, H. Winkhaus und 11 weitere Großunternehmer, dazu »Namen mit der nötigen Resonanz«: Die Kernphysiker Otto Hahn (Entdecker der Uranspaltung, Nobelpreisträger), Werner Heisenberg (Erfinder der Quantenphysik, Nobelpreisträger), Otto Haxel (Kernphysiker), die allesamt am faschistischen Atombombenprojekt mitgearbeitet hatten...

Die »unerläßlichen Hilfsmittel«, um die es hier ging, waren die notwendigen Milliarden-Beträge, die sich das Atomkartellamt vom Staat für die risikoreiche Kernforschung und Reaktorentwicklung nahm. Die Deutsche Atomkommission trat zur Gründungssitzung im Bonner Palais Schaumburg zusammen, der frischgebackene erste Atomminister Franz-Josef Strauß (Winnacker: »der dynamische Bayer«) saß als Vorsitzender den 27 Mitgliedern der 'Atom-Mafia' gegenüber: die »Creme« der deutschen Wirtschaft ...

Die verschiedenen durch die Deutsche Atomkommission beschlossenen Atomprogramme wurden mit beispielloser Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit durchgesetzt ... die nächsten 26 Jahre haben gezeigt, welche brutale Entschlossenheit diesen Machern eigen ist. Hitler war ihnen damals das adäquate Mittel gewesen, die Interessen ihrer Konzerne durch-zusetzen; nun benutzen sie die Bonner Republik für die Durchsetzung einer Atomwirtschaft um jeden Preis.

Bis 1971 hat die Deutsche Atomkommission den Aufbau der Atomindustrie bestimmt, zum »nationalen Programm« erhoben und von öffentlichen Mitteln bezahlen lassen. Bis jetzt ist es dem Atomkartell gut gelungen, staatliche, parlamentarische oder öffentliche Einmischungen« in das Mammutprojekt Kernenergie ab-zuwenden. Besonders zur Anfangszeit konnte das Atom-Kartell seine geheim getroffenen Vereinbarungen leicht verwirklichen: die Öffentlichkeit war größtenteils von den ständig versicherten »Segnungen der friedlichen

Nutzung des gebändigten Atoms« geblendet, wobei die mysteriöserweise zu hohem moralischen Ansehen gekommenen Atomwissenschaftler eine wichtige Beschwichtigungsrolle spielten. Das Bewußtsein für Umweltschutz war damals unterentwickelt, die politische Opposition von der SPD gelähmt.

Die Deutsche Atomkommission arbeitete in aller Stille. Winnacker, zusammen mit Altforscher Otto Hahn und Leo Brandt (Staatssekretär NRW) einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden, beschreibt offenherzig die vereinbarte Geheimhaltung in der Deutschen Atomkommission:

»Jedes Mitglied verpflichtete sich durch Handschlag in einem Gentlemen's Agreement, über alle Verhandlungsgegenstände Schweigen zu bewahren. So war bei den Entscheidungen, die mit den Ministerien vorbereitet wurden, hinreichende Diskretion sicher. Das bedeutete natürlich auch, daß die Deutsche Atomkommission selbst weder Presseverlautbarungen herausgab, noch Pressekonferenzen abhielt. Die Pressepolitik blieb dem Atomminister vorbehalten «.

Überhaupt die Einrichtung des Atomministeriums war eine Initiative des Atomkartells gewesen; Winnacker & Co. hatten sich seitens der Regierung »einen Verhandlungspartner im Kabinettsrang« gewünscht, dieser sollte »Vorschläge und Anregungen auch mit entsprechendem Nachdruck vertreten und realisieren« können. Das konnte Franz-Josef Strauß. Winnacker ist voller Lob für Strauß, den er hatte sich »in sehr kurzer Zeit mit dem neugeschaffenen Amt und seiner schwierigen Materie vertraut gemacht«. Zu schade, daß diese »Kompetenz« schon nach kurzer Zeit in das Verteidigungsressort überwechselte, wo er seine Fähigkeiten bei den bekannten HS-30-Panzer- und Starfighter-Skandalen unter Beweis stellte...

Die Großindustriellen machten bei der Neubesetzung dann auch gleich Nägel mit Köpfen: Zweiter Atomminister (bis 1962) wurde einer aus ihrer Mitte: der Topmanager Siegfried Balke, Ex-IG-Farben-Repräsentant, später Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, CSU-Mitglied, Strauß-Intimus und Mitglied des ultrakonservativen »Kuratorium Unteilbares Deutschland«.

Nach der Weinprobe steht das Atomprogramm fest ...

»Die konkreten Pläne für das Deutsche Atomprogramm entstanden 1957 in Eltville am Rhein. Im Gästehaus der Farbwerke Hoechst AG traf sich eine kleinere, von der Atomkommission einberufene Gruppe von Wissenschaftlern, Industriellen und Vertretern des Atomministeriums zu einer Klausurtagung, in der ein Atomprogramm formuliert werden sollte. Ehe man mit einer Weinprobe das Ergebnis der Beratungen besiegeln konnte, mußte

hart gearbeitet und diskutiert werden.« So beschreibt Karl Winnacker die im Vorfeld der Deutschen Atomkommission stattgefundene, entscheidende Geheimsitzung für die Festlegung der Entwicklung deutscher Kernreaktoren. Die Öffentlichkeit war völlig ausgeschlossen - für diese Herren eine Selbstverständlichkeit; die »Vertreter des Ministeriums« reduzierten sich auf eine einzige Alibi-Person: Regierungsdirektor J. Pretsch.

Diese Klausurtagung versammelte in aller Intimität die entscheidenden Personen der aufzubauenden Atomwirtschaft am Planungstisch; das von Ihnen verabschiedete 'Eltviller Programm' sah vor, fünf (!) Leistungsreaktortypen zu projektieren. Diese Festlegung auf gerade fünf verschiedene Baulinien war nicht technisch-wissenschaftlich begründet, sondern durch die Konkurrenz- und Machtverhältnisse im Atomkartell bedingt: es hatten sich nämlich fünf an der Kernenergie interessierte Industriekonsortien gebildet, die alle ihren Anteil am Kuchen der staatlichen Fördermittel beanspruchten.

Das 'Eltviller Programm' wurde reibungslos durch den atompolitischen Lenkungsapparat durchgezogen. Zuerst wurde es in der Deutschen Atomkommission durchgearbeitet - in den entscheidenden Kommissionen treffen wir die Hauptpromotoren: Karl Winnacker, in der Fachkommission FK III für 'Technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren' und Menne in der FK V für 'Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Probleme'. Durch Beschluß der Deutschen Atomkommission vom 9.12.57 wurde das 'Eltviller Programm' offiziell sanktioniert und dann durch das Atomministerium zum Kern des 1. Atomprogramms erhoben.

Es zeigt sich bald, daß die Investitionskosten für KKW's völlig unterschätzt worden waren; das Eltviller Konzept mußte zugunsten 'realistischer' Konzeptionen geändert werden. Das bedeutete: viel höhere Subventionen aus dem Bundeshaushalt. Da die vorgesehenen Summen nicht ausreichten, drängte die Atomwirtschaft auf umfassendere staatliche Förderung. Dem wurde auch bald entsprochen: im März 1959 kam es zu einer von der Deutschen Atomkommission gebilligten Vereinbarung, die außer den bisherigen Entwicklungszuschüssen und Risikogarantien auch großzügige Investitionshilfen vorsah. Dr. H. Kühne, seinerzeit Referent für Reaktoren im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (BMwF):

»Wegen des großen Interesses der deutschen Reaktorbauinterie an dieser Entwicklung werden die Kosten mindestens mit 20% von den ausführenden Firmen und bis 80% vom Bund getragen.«

Außerdem sollte nun auch die Brennstoff-Kreislaufindustrie mit Bundesmitteln unterstützt werden.

Je teurer und aufwendiger das Atomprogramm

wurde, um so höher der Anteil der »öffentlichen Hand«. Die Rechnung der Großkonzerne - Förderung aus Staatsgeldern, Profite in die eigenen Taschen - begann in den Jahren 1959/60 aufzugehen: Entwicklungsaufträge, die zur Erstellung von den im 'Eltviller Programm' vorgesehenen Reaktortypen bestimmt waren, gingen an die Firmenkonsortien des Atomkartells. Tatsächlich gebaut wurden aber nur zwei Typen, die anderen erwiesen sich als unwirtschaftlich, wurden stillgelegt, oder in modifizierter Form in spätere KKW-Bauprogramme eingebracht. Drei Jahre später, 1963, verabschiedete die Deutsche Atomkommission das »Zweite Atomprogramm« für 1963-67 mit detaillierten Richtlinien für alle Förderungsbereiche - von der Grundlagenforschung bis zum KKW-Bau. Dank der perfekten Kontrolle über die Atompolitik wurde dieses Programm nach Bedarf des Atomkartells vom Bund verwirklicht. Der Industrie gelang der Bau von funktionierenden Prototypen und Versuchskraftwerken - z.B. das von Siemens im KFZ erstellte »MZFR«, welches aus taktischen Gründen als 'Forschungsreaktor' deklariert wurde, um den Anteil der öffentlichen Hand (147 Mio. DM) an den Gesamtkosten (157 Mio. DM) zu »legitimieren«. Das Exportgeschäft lief vielversprechend an: Siemens erhielt - gegen starke internationale Konkurrenz - den KKW-Exportauftrag nach Argentinien - nicht wegen Vorteilen im technischen Angebot (der exportierte Natururan/Schwerwasserreaktor galt schon damals als veraltet), sondern wegen »spezieller Umstände«, auf die wir noch kommen werden. 1972 waren in der BRD die Pilze aus dem Boden geschossen: 23 KKW's waren in Betrieb, in Bau oder in Auftrag gegeben worden, 8 weitere waren in Planung. Man hatte »Glück und Pech mit Reaktoren« gehabt (K. Winnacker) doch in der Deutschen Atomkommission war man recht zufrieden mit den Ergebnissen. Im Buch »Das unverstandene Wunder Kernenergie in Deutschland« heißt es: *»Fast 10 Jahre später, am 3. Dezember 1965, traf sich der Arbeitskreis Kernreaktoren zu einer 50. Sitzung - sozusagen ein Jubiläum - wieder in Eltville. Dabei wurde ... Bilanz gezogen. Wirtz als Vorsitzender konnte feststellen, daß sich die Konzeptionen, nach denen man in der Atomkommission vorgegangen war, als richtig erwiesen hatten. Die BRD war dank eines gezielten und programmatischen Aufbaus von Kernforschung und -technik in eine Position gelangt, die den Vergleich mit Entwicklungen im Ausland nicht mehr zu scheuen brauchte. Die aktuelle Situation war gekennzeichnet durch den großen Finanzbedarf für das Reaktorprojekt Schneller Brüter und den Hochtemperaturreaktor«.*

Die Herrgötter, die schon so viele Schöpfungswunder im Reaktorbau vollbracht hatten, schickten sich nun an, die Krone ihrer Schöpfung zu vollbringen: den Schnellen Brüter.

Einige Zahlen

Aber kehren wir zu den 'bescheidenen' Anfängen zurück, als es um den ersten deutschen Reaktor ging. Für die Folgeorganisation der »Physikalischen Studiengesellschaft« fanden sich 92 Gesellschafter zusammen, die 30 Mio. DM für die »Kernreaktorfinanzierungsgesellschaft« bereitstellten. Leitmotiv bei diesem finanziellen Engagement war, laut Hauptförderer Winnacker, »genügend Spielraum der Initiative der Privatwirtschaft« im Reaktorbau, und, gottlob, »kein Staatsdirigismus«.

Die 'Atom-Mafia' bestimmte selbstherrlich und bediente sich des Atomministeriums als organisatorisches und Mittel-verteilendes Ausführungsorgan für die Realisierung des komplexen Atomprogramms. Dem Staat fielen zwei wesentliche Aufgaben zu: a) die Ausbildung von Forschern und Technikern in Universitäten und Forschungszentren, b) als Geldquelle für die Abdeckung der riesigen Kosten der mit zahlreichen Risiken und Fehlschlägen behafteten Kernreaktorenentwicklung.

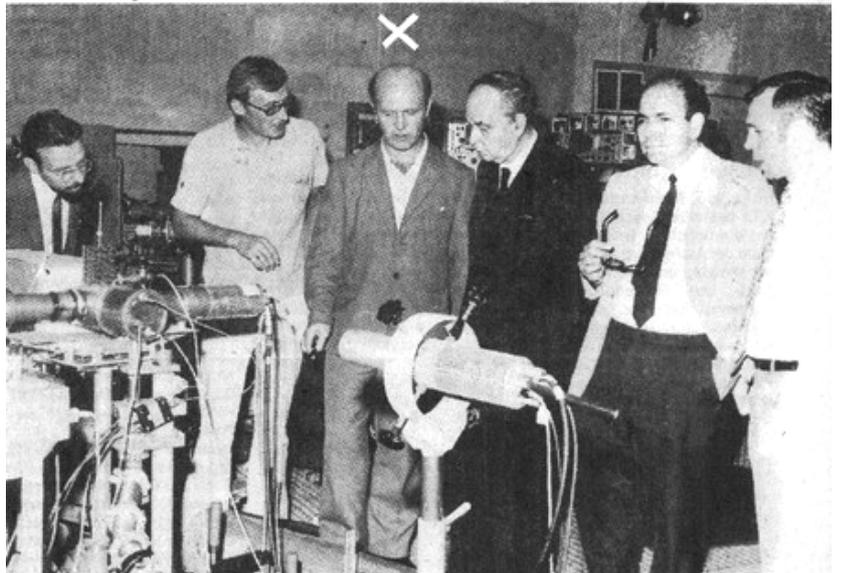
Was die "erheblichen finanziellen Risiken" betrifft, die die Industrie mit der Reaktorfinanzierungsgesellschaft eingegangen sein soll, kann man angesichts der läppischen 30-Mio-Beteiligung nur belächeln. Denn schon die nächste Gründung, die Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft für den Bau des »FR 2« hatte nur noch eine 50%ige Kapitalbeteiligung der Industrie. Der Bund war mit 30%, Baden-Württemberg mit 20% dabei. Und als sich die ursprüngliche »Reaktorstation« zu einem riesigen Forschungszentrum entwickelte, war dessen Finanzierung im Jahr 1972 vom Bund mit 90% (Baden-Württemberg: 10%) getragen. So sind allein für das KFZ Karlsruhe (nur ein Teil der bundesdeutschen Großforschungsanlagen) bis heute 7 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden. Man vergleiche diese Subvention mit dem damaligen Industrie-Einsatz von 30 Mio. DM! Der derzeitige Betrieb des KFZ kostet dem Steuerzahler jährlich ca. 500 Mio. DM!

Was insgesamt das ins Absurde gesteigerte Unternehmen KKW's/Wiederaufarbeitung/Entsorgung an Steuern schon gekostet hat, läßt sich kaum noch berechnen. Den Reibach hat aber immer die 'Atom-Mafia' gemacht, die ausgegebenen Forschungs- und Entwicklungsgelder gingen



Bild unten: »25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe«

Bild oben: »Der Traum von der deutschen Atombombe« (Sigbert Mohn Verlag) 1967



Reaktorexperte Nr. 1

war der heute emeritierte Professor Karl Wirtz. Bis zum Einmarsch der Alliierten 1945 (Bild oben) versuchte Karl Wirtz seinen Uranmeiler im schwäbischen Haigerloch für das Heereswaffenamt in Gang zu setzen. Nach dem Krieg baute Wirtz den »FR2«, den ersten deutschen Eigenbaureaktor. Bild unten: Wirtz (x) im Kernforschungszentrum Karlsruhe.

immer als dicke Aufträge bei den Mitgliedsfirmen der atomaren »Cosa Nostra« ein, egal ob der Reaktor dann funktionierte oder nicht, egal wie es um die Betriebssicherheit bestellt war. Das Projekt Schneller Brüter bei Kalkar (funktioniert immer noch nicht) ist inzwischen auf Kosten von 6 Milliarden DM angestiegen, die "vorläufigen Gesamtkosten" des Hochtemperaturreaktors bei Hamm (funktioniert immer noch nicht) liegen bei 4 Milliarden (»Spiegel« 5. April 82). Um nur zwei typische Kostenexplosionen in der Reaktor-(Fehl-)Entwicklung zu nennen.

Von 1956 bis 1974: Karlsruher Forschungszentrum mit brauner Geschäftsführung und Atomexport in Diktaturen der Dritten Welt

Die wichtigste Schaltstelle der Atomwirtschaft wurde das KFZ Karlsruhe; hier wurden Verfahren der Brennstoffherstellung (z.B. das Trenndüsenverfahren), neue Reaktortypen (z.B. der Schnelle Brüter) und die erste deutsche Wiederaufarbeitungsanlage konstruiert. Außerdem spielt das KFZ eine entscheidende Funktion als Drehscheibe und Vermittlungsinstanz im Reaktor-exportgeschäft.

Die vom Atom-Kartell für das KFZ bestellte Geschäftsführung hat die üblichen Herkunftsmerkmale der Atom-Manager mit brauner Weste, aber nicht nur die Nazi- und Rüstungsindustrie-Vergangenheit der damaligen KFZ-Direktoren ist höchst beunruhigend, sondern auch deren unfehlbarer Instinkt, mit diktatorisch regierten III.-Welt-Ländern Atomexportgeschäfte zu betreiben. Beispielsweise mit:

- **Argentinien**, eine Militärdiktatur mit besonders herzlicher Zusammenarbeit mit Alt-Nazis,
- **Brasilien**, ebenfalls Militärdiktatur und Tätigkeitsfeld zahlreicher Flüchtlinge des III. Reichs
- **Persien**, zur Zeit des Schah, eine blutrünstige mittelalterliche Diktatur,
- **Südafrika**, rassistisches Regime der weißen »Herrenmenschen«.

Wer waren die geschäftsführenden »Männer der ersten Stunde am Herzstück FR 2« (so die Karlsruher Zeitung BNN im Jubeljahr 1981 über die ersten Direktoren des KFZ)? Wir finden an erster Stelle den Juristen **Dr. Rudolf Greifeld**. Die BNN resümiert:

»Dr. Greifeld hatte die administrative Geschäftsführung ... bis 1974 inne. Er kam aus dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium. Zu seinen Leistungen zählt der Kampf um eine Vielzahl unkonventioneller Genehmigungen.«

Leider verschweigt uns die BNN andere Leistungen dieses Managers: seine Bemühungen um eine arische Kernforschung. Greifeld war Mitglied der deutschen Kommandatur im besetzten Paris gewesen. Am 3. Januar 1941 richtete er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Pariser Militärregierung einen Brief an den damaligen Polizeibeauftragten:

»In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit.«

Er regte an, Pariser Lokalbesitzer sollten ein Schild »Eintritt für Juden verboten!« anbringen. Robert

Jungk berichtet im »Der Atomstaat«

»... eben dieser Herr hatte während seiner Tätigkeit in Karlsruhe die Anordnung gegeben - ich zitiere aus dem Schreiben seiner Kollegen - »bei Ausländern möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen... Gemeinsam mit



Mit dem Führer durch das besetzte Paris: Das Foto aus Speer's »Erinnerungen« (Propyläen-Verlag 1969) zeigt Rudolf Greifeld (x), Mitglied der Nazi-Kommandatur auf dem Spaziergang vor dem Eiffelturm. Später sorgte Geschäftsführer Greifeld für arische Kernforschung im KFZ Karlsruhe. Das untere Foto aus der Jubiläumszeitschrift »25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe« zeigt Rudolf Greifeld bei der Einweihung der Reaktorsiedlung in Leopoldshafen



Prof. X läßt er einen weniger gefügigen Wissenschaftler von einem anderen bespitzeln und ein Notizbuch über dessen Äußerungen führen ... «

Als zweiten, für den wissenschaftlichen Bereich verantwortlichen Geschäftsführer, wurde der Heidelberger Physikprofessor und Strauß-Duzfreund **Otto Haxel** bestellt. Haxel gehörte vor Gründung des Zentrums einer merkwürdigen »Kommission zum Schutz vor atomaren, chemischen und biologischen Angriffen« (!) beim Bundesinnenministerium an. Seine Qualifikationen hatte Haxel vor 1945 erworben: er war Mitglied des »Uranvereins«, jener Gruppe von Atomwissenschaftlern, die 1933 freiwillig Selbstgleichschaltung übten (Arische Physik) und ab 1939 verschiedene Methoden der Atombombenherstellung für die Wehrmacht erforschten. Im Januar 1941 hatte Haxel im Rahmen des Atommeilerprojektes Neutronen-Einfangsquerschnitte im Uran experimentell bestimmt - wichtige Messungen für die Entscheidung ob die Bombe schneller über Uranmeiler oder Uranisotopentrennung zu erzielen sei. 1942 war Haxel Verbindungsmann zu Prof. Esau, dem Leiter des geheimen Atomvorhabens, 1943 am Bau des ersten Meilers mit Uranwürfel-Gittern beteiligt. 1944 beriet Haxel die Forschergruppe, die Möglichkeiten einer Wasserstoffbomben-Herstellung prüfte.

Otto Haxel sicherte also im KFZ die Kontinuität einer deutschen Kernforschung, von deren Auftraggebern der ehemalige KFZ-Mitarbeiter Dr. Leon Grünbaum vermutete:

"..es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluß überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen".

Die direkte Kontrolle der Atom-Konzerne im KFZ übte der dritte Geschäftsführer, **Dr. Gerhard Ritter**, der laut BNN »schon seit 1926 leitende Positionen in der chemischen Großindustrie« innehatte. Und zwar, was die BNN uns nicht verrät, beim IG-Farben-Konzern. Ritter war, wie Winnacker, als Ex-IG-Farben-Manager über die Folgefirma Hoechst in das Atomkartell gekommen. 1960 wechselte Ritter in die Generaldirektion des Euratom-Forschungszentrums in Ispra, Italien, und wurde von **Walther Schnurr** abgelöst; als Schnurr in Pension ging, übernahm Haxel von 1970-74 die technische Geschäftsführung.

Laut BNN war W. Schnurr einer, »der ebenfalls (wie G. Ritter) die Lösung großtechnischer Probleme in der chemischen Industrie gelernt hatte«. In der Tat! Prof. Schnurr war Sprengstoff-Spezialist der IG-Farben; er brüstete sich, der 'Sprengstoff-Papst' Deutschlands zu sein. Dieser hochtalentierter Chemiker (50 Patente) flüchtete 1945 - mit 'zigtausenden anderen Nazis - in das Argentinien des Diktators Peron. Dort wurde er Teilhaber einer Sprengstofffabrik. 1955 starb Diktator Peron, es empfahl sich die Ausreise für Schnurr. Atomminister Franz-Josef Strauß holte Schnurr (der keine Ahnung von Atomtechnik hatte) in seine Behörde, als Leiter der Abteilung Forschung/Technik/Strahlenschutz. Während die politische Landschaft in Argentinien für Schnurr unwirtlich geworden war, war in der BRD die Gefahr einer Entnazifizierung oder gar einer Bestrafung von Kriegsverbrechern längst gebannt – zahlreiche Nazis bestimmten Wirtschaft und Politik der Bonner Republik oder sprachen wieder Recht 'im Namen des Deutschen Volkes'. Die Nazi-Forscher, die in Argentinien Kernphysik betrieben und die erste Generation einheimischer Kernwissenschaftler ausgebildet hatten, kehrten ebenfalls nach Deutschland zurück.

Schnurr stößt schnell den oberen Chargen der Atom-Mafia zu: im Beirat »Wissenschaft und Technik« der Euratom-Behörde, die ab 1958 ein europäisches Atomforschungsprogramm erstellt, sitzen die deutschen Mitglieder K. Winnacker, O. Haxel, H. Holthusen, H. Reuter und Walther Schnurr. Schnurr hat keine Fachkompetenz, die ihn zu einem Kernforschungszentrum-Job qualifiziert hätte; trotzdem begründete Strauß die Berufung des Sprengstofftechniklers in die Geschäftsleitung des Karlsruher Zentrums:

»Der Schnurr war eine glückliche Kombination aus Experte und Manager.«

In den zehn Jahren seiner KFZ-Amtszeit bewies Schnurr noch eine ganz andere Fähigkeit: die zur Korruption. 1969 mußte Atomlobbyist Stoltenberg im Bundestag zugeben, daß Schnurr für ehrenamtliche Beratung für das »Deutsche Atomforum« Geld kassiert hatte. Schnurr war außerdem in der Affäre mit der doppelten Bestellung zweier teurer Kältemaschinen verwickelt, obwohl das KFZ nur Bedarf an einer hatte.

Die Umgebung von Schnurr wunderte sich, daß dieser ständig nach Argentinien reiste. Er hatte dort gute Beziehung zu Admiral Castro Madero, den Chef der argentinischen Atomkommission geknüpft und das große Kernkraftwerk-Exportvorhaben vorbereitet. Als BBC-Reporter Denselow 1981 Schnurr in der deutschen Kolonie Buenos Aires aufspürte, berichtete der Ex-Atommanager:

»Ich wollte mir in Deutschland neue Kenntnisse aneignen, um der argentinischen Wissenschaft zu helfen. Argentinien war ja meine zweite Heimat geworden ... «

Es war keine geringe Hilfe, Schnurr war der maßgebliche Promoter der Verhandlungen, die zur Errichtung eines deutschen KKW in Argentinien führten. In diesem ersten Exportcoup der 'Atom-Mafia' wurde ein Reaktor vom Typ des Wirtz'schen Atommeilers verkauft, ein KKW der Natururan-/Schwerwasser-Linie, das Franz-Josef Strauß selbst als »von Anfang an veraltet« nannte. Dieses Modell ist teurer und unwirtschaftlicher als der weitverbreitete Leichtwasserreaktor; dafür hat es einen ganz besonderen Vorzug: es ist geeignet für die Gewinnung von Bombenplutonium - genau deswegen entwickelte Wirtz diesen Reaktortyp im III. Reich. Frank Barnaby, Leiter des Stockholmer Friedens-Instituts SIPRI über den deutschen Reaktorexport nach Argentinien:

"Man wählt diesen Reaktortyp, wenn man an den Bau von Atomwaffen denkt."

Durch die enge Zusammenarbeit - die KFZ-Experten vermittelten den Argentinern auch Kenntnisse über den Bau von 'Heißen Zellen' und anderer experimenteller Geräte der Wiederaufarbeitungstechnologie - haben beide Teile gleichermaßen Nutzen aus dem KKW-Projekt Atucha gezogen. Die Argentinier können das machen, was ihnen internationale Kontrollen erschweren würden: Plutonium-Verwertung. Mit der im Bau befindlichen Wiederaufarbeitungsanlage Ezeiza wird die argentinische Junta jährlich Plutonium für 10 Bomben herstellen können - eine Ausweitung bereits vorhandener Kapazitäten. Schon 1978 berichtete Jungk im »Atomstaat«:

»Verstärkt wurde der Verdacht, Deutschland könne vielleicht mit seiner Atomexportpolitik nicht ausschließlich kommerzielle Interessen verfolgen, durch die Tatsache, daß die deutsche Mitarbeit an einer Laboranlage zur Wiederaufarbeitung in Argentinien bis heute geheim gehalten wird. Es handelt sich dabei um die »Labex-Milli«-Anlage, die vom KFZ entwickelt worden ist. Sie kann, laut einem Bericht von Prof. Dr. Baumgärtner (Institut für Heiße Chemie im KFZ) pro Tag 1 kg Brennstoff verarbeiten. In der angesehenen amerikanischen Zeitschrift Nuclear Engineering wird ... die Jahresproduktion dieser Mini-Aufarbeitungsanlage mit 200 kg angegeben. ... Es kann angenommen werden, daß Argentinien auf diese Weise genügend Plutonium für mindestens 10 bis 30 Atombomben herstellen konnte...«

**IN DER NÄCHSTEN FOLGE:
Die verhängnisvolle Rolle der
deutschen Kernphysiker: Militärische**

**Forschung im Dritten Reich,
fragwürdiger Einsatz für das Atom-
Kartell**

Das deutsche Atom- Kartell

**Von Hitlers
Atombomben-
Projekt zum
»Schnellen
Brüter«**

Ein Bericht
von Hans Nuns

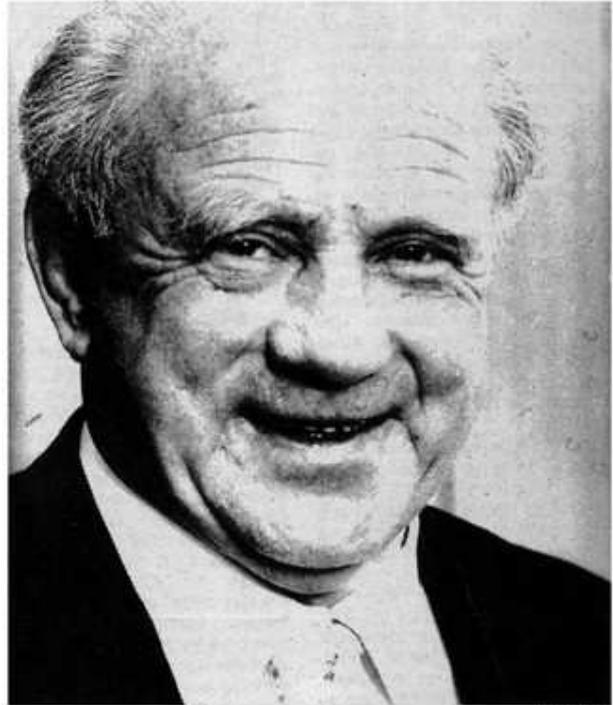


Foto: dpa

**Der fähigste Kernphysik-
Theoretiker Deutschlands war Werner
Heisenberg. Er berechnete den Uranmeiler
im Atombombenprojekt des III. Reiches.**

II. Folge: Die Kern-Physiker

Wir berichteten in der ersten Folge dieser Dokumentation über die deutsche Atomwirtschaft, wie Alt-Nazi Walther Schnurr in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe das Atomgeschäft BRD/Argentinien koordinierte. Einen erstaunlich ähnlichen (und verhängnisvollen) Ablauf zeigt die Abwicklung des Atom-Exports nach Brasilien.

Das Brasiliengeschäft

Dieses ebenfalls über das KFZ Karlsruhe ausgehandelte, 1975 vertraglich abgesicherte Mammut-Lieferungsprogramm sieht den Export von einer kompletten Atom-Industrie vor: eine Urananreicherungsanlage, 5 Kernkraftwerke vom größten Typ und eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Uranbrennelemente sollen geliefert werden.

Dieser Brasilien-Vertrag stellt einen Durchbruch für das deutsche Atom-Kartell dar: mit diesem als »Jahrhundertgeschäft« gefeierten KKW-Export ist es zum ersten Mal den deutschen Atomindustriellen gelungen, ihre US-Konkurrenz im großen Stil auszuschalten. Während heute die KKW-Industrie in den USA durch finanzielle Schwierigkeiten einen allgemeinen KKW-Baustop verfügt hat, blühen die Unternehmen des deutschen Kartells auf. Im Inland soll zünftig weitergebaut werden, das Auslandsgeschäft läuft.

Die politische Hilfestellung für die Einleitung des Brasilien-Geschäftes leistete die sozialliberale Regierung, die entgegen den Reformervorstellungen vieler Kritiker des deutschen Atomprogramms und KKW-Exports sich von Anfang an entschloß, dem Kurs ihrer CDU/CSU-Vorgänger in Bonn nachzueifern ... Das auf Regierungsebene geschlossene »Abkommen über wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit« zwischen Brasilien und der BRD war die entscheidende Vorstufe zur vertraglichen Festlegung des Atomgeschäfts. Dieses Abkommen wurde anlässlich des Besuches des brasilianischen Außenministers im Juni 1969 vereinbart, nachdem Stoltenberg im März in Brasilien bereits eine »Vereinbarung über friedliche Nutzung der Kernenergie« getroffen hatte.

Diese Vereinbarungen fanden statt, just kurz nachdem Staatspräsident Costa e Silva sich mit den Militärs an die Macht geputscht hatte und voll damit beschäftigt war, Brasilien in eine grausame Diktatur zu verwandeln. Während er in Bonn mit der Willy-Brandt-Regierung Atom-Vereinbarungen treffen ließ, verfügte er zu Hause die Auflösung des brasilianischen Parlaments, die Ausschaltung der politischen Parteien, Massenverhaftungen, Folterung und Liquidation von unzähligen Oppositionellen.

Eine Spur zurück zum Atombombenprojekt des III. Reiches

Die Kontakte nach Brasilien bestanden allerdings schon seit längerer Zeit. Wenn nicht schon früher, begannen sie 1953, also noch zur Zeit des alliierten Kernforschungsverbots, als Admiral Alvaro Alberto, Vorsitzender des brasilianischen Forschungsrats, nach Deutschland kam, um zwei der eifrigsten Kernphysiker des Atombombenprojekts im III.

Reich zu treffen: Paul Harteck und Wilhelm Groth. Groth, der SA- und NSDAP-Mitglied, außerdem Personal- und Pressereferent des NS-Studentenbundes gewesen war, bot sofort seinem brasilianischen Gast atomare Hilfestellung an:

»Geben sie mir nur die notwendigen Mittel, und wir werden die Prototypen entwickeln. Dann werden wir alle nach Brasilien kommen und dort die Einrichtungen schaffen ... «

Groth sprach von Anlagen zur Anreicherung von Uran, die er im III. Reich entwickelt hatte und damals nicht in Deutschland bauen durfte - wegen dem Kernforschungsverbot.

Dieses großzügige Angebot in Nuklear-Technologie kam von Top-Experten. Professor Paul Harteck und sein Assistent Dr. Wilhelm Groth hatten als einige der ersten Wissenschaftler überhaupt auf die militärische Anwendung der Atomspaltung hingewiesen. Dies geschah zwei Tage (!) nach der ersten wissenschaftlichen Veröffentlichung über die Uran-Kettenreaktion. Im April 1939 hatten sie an das Reichskriegsministerium geschrieben: die neueste Entdeckung der Kernphysik würde es wahrscheinlich ermöglichen einen Sprengstoff herzustellen, der um viele Größenordnungen stärker sei als alle konventionellen.

Die Wissenschaftler wollten mit diesem Brief die Hitler-Militärs dazu animieren, den damaligen Vorsprung der Amerikaner und Briten in der Kernphysik aufzuholen:

»... Das Land, das als erstes Gebrauch davon macht, besitzt den anderen gegenüber eine nicht einzuholende Überlegenheit«.

Der Harteck/Groth-Brief hatte weitreichende Konsequenzen. Das Schreiben wurde im NS-Kriegsministerium an Kurt Diebner, Fachmann des Heeres für Kernphysik und Sprengstoffe, weitergeleitet und dieser löste den Anfang der militärischen Atomforschung im »Tausendjährigen Reich« aus. Diebner erhielt die Leitung eines neugeschaffenen Kernforschungsreferats im Heereswaffenamt, und in Gottow bei Berlin wurde ein Laboratorium für Atomforschung auf dem riesigen Kummersdorfer Versuchsgelände für Raketengeschosse und Sprengstoffe eingerichtet.

Prof. Harteck wurde eine treibende Kraft der deutschen Atomvorhaben während der Kriegsjahre; zusammen mit W. Groth entwickelte er die Gaszentrifuge, die das für die Atombombe gebrauchte Uran 235 aus dem natürlichen Urangemisch abtrennt. Außerdem entwickelten die zwei eine andere Urantrennmethode, das Gasdiffusionstrennungungsverfahren mit Uranhexafluoridgas.

Der britische Neuzeit-Historiker David Irving berichtet in »Der Traum von der deutschen

Atombombe« über die Arbeitsgruppe der Physiko-Chemiker unter P. Harteck in Hamburg als eine der eifrigsten im deutschen Atomwaffenvorhaben. Harteck hatte von Anfang an vorgeschlagen, Uran und Moderator im Atomreaktor zu trennen; Harteck hatte auch den ersten Uranmeiler aufgebaut, Anfang 1940, 2 Jahre bevor Fermi seinen Meiler in Chicago in Betrieb setzte. Weiter war es Dr. Groth, der sich ein Jahr lang mit Harteck darum bemüht hatte, das sogenannte "Diffusionsverfahren" so zu verändern, daß es für die Urantrennung zu verwenden war

Was Harteck und Groth bis Kriegsende nicht gelungen war, versuchten sie offenbar wenige Jahre später mit den Brasilianern nachzuholen. Anlässlich des Besuches des Atombeauftragten Alberto bei Harteck und Groth wurde ein Geheimvertrag abgeschlossen, der die Basis dafür abgab, daß drei brasilianische Chemiker in der BRD eine Spezialausbildung erhielten und die notwendigen Bestandteile für die »Prototypen« bei vierzehn deutschen Unternehmen bestellt wurden. Zu Hause berichtete Emissär Alberto einer Untersuchungskommission des brasilianischen Parlaments:

»Deutschland ist ein von den Siegermächten besetztes Land. Wenn es herauskommt, daß sie angereichertes Uran bestellen wollen, würde das eine internationale Krise herbeiführen.«

Es kam nicht zur Krise, sondern zur Intervention: die Amerikaner fanden rechtzeitig heraus, daß die von Groth bestellten Bestandteile in einem deutschen Hafen schon zur Verschiffung bereitlagen, und beschlagnahmten sie im allerletzten Augenblick.

Was damals nicht gelang, holte das Atomkartell 1975 nach. Das Brasilien-Exportgeschäft wurde in scharfer Konkurrenz mit den US-Atomkonzernen »errungen«, sehr zum Mißfallen der Washingtoner Regierung, die einen Teil ihres

Einflusses über die brasilianischen Militärdiktatoren schwinden sah. Besonderes Prunkstück der westdeutschen KKW-Industrie-Lieferung: eine Trenndüsenanlage zur Urananreicherung ...

Die »Stunde Null« war nicht 1955 sondern 1939



»Der dynamische Bayer«

... nannte **Atompabst**

Karl Winnacker den ersten Atomminister der BRD, Franz-Josef Strauß. Hier bei der Gründung (19.6.1956) der »Kernreaktorbau GmbH«, die den ersten deutschen Eigenbau-Reaktor bei Karlsruhe errichtete (Bild oben)

Beide Fotos aus der Jubiläumszeitschrift: »25 Jahre KFK«

Ähnlich wie die beschriebene Anreicherungs-Technologie wurden viele entscheidende Voraussetzungen für die westdeutsche Atomwirtschaft während der NS-Zeit entwickelt. Zwei dominierende Großchemie-Konzerne des im Nachkriegsdeutschland formierten Atom-Kartells verfügten um 1955 längst über beträchtliche Kenntnisse der nuklearen Technologie: die DEGUSSA AG und die IG Farben, bzw. deren Nachfolgerin HOECHST AG. Beide Konzerne hatten wichtige technische Teilaufgaben für das Atomprojekt des Heereswaffenamtes ausgeführt: die Degussa die Uranaufbereitung; die IG-Farben die Uranisotopentrennung und die Schwermwasser-Herstellung.

Die Tatsache, daß 1953 im Stillen, unter Umgehung des Forschungsverbots und unter Ausschluß der Öffentlichkeit an bereits vorhandene Erfahrungen angeknüpft wurde, wird systematisch in den Publikationen der Atomlobby vertuscht. Zu deutlich sonst wäre der Kontinuitätsfaden sichtbar, der - auch in der Atomwirtschaft - die schwarze Republik mit der braunen Diktatur verknüpft.

Die Degussa, von Anfang an eine bedeutende Firma des BRD-Atomkartells, hatte schon zum 1. Mai 1942 3,5 Tonnen reines Uranmetall aufgearbeitet und an das Heereswaffenamt und an das Leipziger Labor von Heisenberg geliefert. Mit dieser Anfangsmenge wurde der

erste größere Uranmeilerversuch (erfolglos) durchgeführt. Weitere Bauversuche folgten, die jeweils immer größere Mengen Uran für die Herstellung einer »kritischen Masse« beanspruchten. So hatte bis Ende des Krieges die Degussa in Frankfurt über 13 Tonnen Uranmetall für die Atommeiler aufgearbeitet und verfügte über entsprechendes Know-how auf diesem Gebiet. Zehn Jahre später konnte sie wieder daran anknüpfen: schon die allerersten Reaktoren in der BRD waren mit Degussaaufbereitetem Uran bestückt.

Viel umfangreicher und zukunftssträchtiger war die Teilnahme des Chemiekonzerns IG Farben am Atomprojekt des III. Reiches gewesen. Die Kontakte zu Wissenschaftlern des Projekts begannen schon sehr früh, am 8. April 1939, als der uns bereits vom Brasilien-Geschäft bekannte Hamburger Physiko-Chemiker P. Harteck, eine treibende Kraft des Uranmeilerbaus und der Uranisotopentrennung, die Leuna-Werke in Merseburg, damals bei weitem die größte Ammoniak-Anlage der Welt, aufsuchte. Diese riesige Fabrik, die voll auf Kriegsproduktion eingestellt worden war, war einer der unzähligen Chemiebetriebe, die der zum Monopolisten expandierte Chemietrust IG Farben sich einverleibt hatte. In Merseburg skizzierte Prof. Harteck dem nationalsozialistischen Forschungsdirektor des Werks, Dr. Herold, einen Plan für einen Versuchs-Uranmeiler mit Uranoxyd als nuklearen Brennstoff und fester Kohlensäure als Moderator.

Herold, dessen Konzern offenbar an den wirtschaftlichen und kriegstechnischen Aussichten der Kernenergie interessiert war, bot dem eifrigen Kernforscher einen ganzen Güterwagen Kohlensäure kostenlos für das Experiment an und schlug gleich vor, die Reaktoranlage im Leuna-Werk zu bauen. Jedoch Dr. Heinrich Bütefisch vom Vorstand der IG zog vor, die Anlage in Hamburg bauen zu lassen. Ausserdem kümmerte sich Direktor Bütefisch von nun an persönlich um alles weitere.

Zu der Zusammenarbeit auf diesem Sektor kam bald eine andere wichtige Komponente: die Urananreicherung. Am 25. September 1939, als Hitlers Blitzüberfall in Polen bereits vollzogen war, schrieb Harteck einen freundlichen Kollegenbrief an den Spezialisten Prof. O. Ruff und bat ihn um Rat, wo er eine kleine Menge Uranhexafluorid für sein Urananreicherungsexperiment bekommen könne. Innerhalb von zwei Wochen hatte sich das Leverkusener IG Farben-Chemiewerk wieder freundlich angeboten: sie waren bereit, die erforderliche Menge herzustellen. Dem Werk wurden 100 g Uran bereitgestellt, die dort zu Uranfluoridgas verarbeitet wurden, während im Hamburger Labor von Harteck die Hauptteile eines Clusius-Dickeis-Trennapparats für die Urantrennung schon bereit standen. Ausserdem wurden im Leverkusener IG Farben-Werk

noch Korrosionsprüfungen durchgeführt, um ein Metall zu finden, das dem zersetzenden Uranfluoridgas widerstand.

Als nach der Unterbrechung in der Nachkriegszeit die Reaktortechnologie ab 1955 im Eiltempo vorangetrieben wurde, konnte »Atom-Papst« und ex-IG Farben-Direktor Karl Winnacker mit Genugtuung konstatieren:

"Alle technisch bedeutsamen Anreicherungsverfahren, die gegenwärtig bekannt sind, arbeiten mit dem gasförmigen Uranhexafluorid. Dieses Gas entsteht durch Umsetzung von .. .usw... Dieses sogenannte Konversionsverfahren war schon während des Krieges in Leverkusen ausgearbeitet worden. Es stand also in Deutschland zur Verfügung".

Was damals aber nicht in Deutschland, sondern nur in Norwegen zur Verfügung stand, war Schweres Wasser, das von der deutschen Forschergruppe auserwählte Moderator material für den Uranmeiler. Das einzige Werk auf der Welt, welches nennenswerte Mengen von Schwerwasser produzierte, war die Norsk Hydro in Norwegen, wohin im Januar 1940 Vertreter der IG Farben im Auftrag der NS-Regierung reisten. Sie sollten in der Norsk Hydro, an der die IG Farben finanziellen Anteil hatte, die Firmenleitung dazu überreden, den gesamten Vorrat von 185 kg Schwerwasser herzugeben. Die Nazi-Emissäre stellten auch weitere Großaufträge für die Produktion dieses seltenen Stoffes in Aussicht. Die mißtrauisch gewordenen Norweger lehnten jedoch ab und verschenkten ihre Vorräte an französische Kernphysiker; im Februar 1940 erhielten die Nazis die endgültige Absage der Norsk Hydro.

Doch schon drei Monate später hatten Hitlers Besatzungstruppen das erhalten, was den Verhandlern versagt wurde. Das Norsk Hydro Werk wurde unversehrt erobert, ein effektiveres Verfahren (von Harteck und Suess) für die erhöhte Schwerwasserproduktion wurde installiert. Harteck und Karl Wirtz, Schwerwasserspezialist und spätere Leitfigur der Atom-Mafia der BRD, inspizierten die nun zur Schwerwasserfabrik umgewandelte Norsk Hydro noch im Frühjahr 1940.

Heisenberg und sein »Uranverein« animieren die NS-Militärs; die IG Farben steigt ein

Nachdem die Kernphysiker des »Uranvereins« im Februar 1942 zu einer größeren Tagung im Heereswaffenamt die militärischen Oberchargen einluden, um ihnen über die Fortschritte der Kernforschung zu berichten und eine künftige »Kernwaffe« zu empfehlen, war die IG Farben noch interessierter am Atomprojekt geworden. Dr. Herold, der bei der Tagung anwesend war, wandte

sich erneut an Kernforscher Harteck und Mitarbeiter, um ihnen den Bau einer halbtechnischen Versuchsanlage für die Herstellung von Schwerwasser in Deutschland vorzuschlagen. Der Chemiekonzern errechnete einen »tragbaren« Preis von 30 Pfg. pro Gramm Schwerem Wasser.

Harteck verhandelte mit Herold die Errichtung einer größeren Schwerwasseranlage in den Leunawerken, Kostenpunkt 150.000 RM. Die IG Farben, die längst zum Schlüsselkonzern der chemischen Rüstungsproduktion geworden war, erklärte sich bereit, die gesamten Kosten dieser Anlage zu übernehmen - für den Preis einer vollständigen Einweihung in das geheime Atomprojekt. Dr. Bütetisch verlangte:

" .. das Heereswaffenamt müßte gestatten, daß ich und meine engsten Mitarbeiter an dieser Aufgabe über Grundzüge des ganzen Problems dieser Art von Energiegewinnung genauestens unterrichtet werden".

IG Farben wollte rechtzeitig genug an der Entwicklung des Kernwaffen-Supersprengstoffs beteiligt sein. Bütetischs nochmalige Forderung nach »einer genauen Kenntnis des gesamten Problems« am 30.4.42 wurde dann auch von der Nazi-Regierung entsprochen: Im Laufe des Mai '42 wurde die Firma vollständig über die Ziele des geheimen Uranvorhabens unterrichtet und die Anlage für die Schwerwasserproduktion im Leuna Werk in Angriff genommen.

Im Jahre 1944, als die Alliierten die Schwerwasserproduktion im Hydrierwerk Norsk-Hydro im besetzten Norwegen erfolgreich sabotiert hatten, wurde die Umstellung der Produktion in das Leuna-Werk verfügt. Doch dieses Hydrierwerk der IG Farben wurde am 28. Juli '44 bei einem schweren Bombenangriff auch völlig zerstört. Unmittelbar nach der Zerstörung erörterten Harteck, Diebner und Gerlach, 3 Hauptverantwortliche des Uranmeilerprojekts, zum letzten Mal mit Bütetisch und Herold die Möglichkeiten der Schwerwasserproduktion in industriellem Maßstab. Doch die IG Farben wollte nicht mehr. Voller Erstaunen kriegte Harteck von Direktor Bütetisch zu hören, daß ein »gentleman's agreement« des deutschen Konzerns mit der alliierten Schwerindustrie bestünde, welches regelte, daß Hydrierwerke wie Leuna, (für die die alliierten Trusts so erhebliche Investitionen geleistet hatten) vor Zerstörung zu bewahren seien. Daß diese Vereinbarung nun verletzt worden sei, so vermutete richtig der aufgebrachte Bütetisch, läge daran, daß die Alliierten die Leuna-Anlage absichtlich bombardiert hätten, weil sie vom nationalsozialistischen Kernwaffenprojekt wußten und es sabotieren wollten. Die Leitung der IG Farben, die schon längst davon ausging, daß Hitler den Krieg verlieren würde, hatte bereits für die Nachkriegszeit vorgesorgt: seit 1943 lagen im Safe

des Konzerns geheime Pläne für die deutsche Wirtschaft nach Kriegsende. IG Farben beendete die Schwerwasserproduktion und sparte sich ihre atomwirtschaftlichen Projekte für die Nachkriegszeit. So blieb es dem IG Farben Nachfolgekonzern Hoechst und seinem Chef Winnacker, ex-IG Farben-Direktor, vorbehalten, das zu leisten, was Bütetisch 1944 vorläufig ad acta gelegt hatte.

Aber das weitere Schicksal von Dr. Heinrich Bütetisch soll noch kurz skizziert werden. Dieser Kriegsverbrecher wurde zusammen mit anderen Leitern des IG Farben-Rüstungskonzerns in Nürnberg vor Gericht gestellt. Die Anklage war: Planung, Vorbereitung, Führung von Angriffskriegen und Einfällen in andere Länder, Plünderung und Raub, Versklavung und Massenmord im III. Reich, Mitgliedschaft in der SS, Verschwörung... SS-Obersturmbannführer Bütetisch, Vertreter der IG im »Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler«, war schuldig und wurde zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Frühzeitig entlassen, kam Kriegsverbrecher Bütetisch in den Aufsichtsrat der bundeseigenen Ruhrchemie AG und anderer chemischer Großunternehmen, wurde ein bedeutender Wirtschaftsexperte in Bonn. 1939 war Bütetisch von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt worden, später erhielt er vom Führer das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz. Das zweite Verdienstkreuz erhielt er dann vom Präsidenten der BRD. In der »Woche der Brüderlichkeit« im März 1964, von der Regierung veranstaltet, um angeblich insbesondere der jüdischen Opfer der Nazi-Barbarei zu gedenken, wurde Bütetisch, der maßgeblich den Großeinsatz von Häftlingen in der IG Rüstungsproduktion als Sklavenarbeiter mitorganisiert hatte, durch Bundespräsident Lübke das Große Verdienstkreuz der BRD verliehen.

Erst nachdem ein Gutachter im Frankfurter Auschwitz-Prozeß die maßgebliche Mitschuld Bütetischs an der Ermordung vieler tausend Juden nachwies, wurde die Verleihung eine Woche später rückgängig gemacht...

Bütetischs Werdegang vom braunen Wehrwirtschaftsführer in die Leitung bundesrepublikanischer Konzerne ist ein allzu typischer Fall der Restauration von Wirtschaftsmacht und Einfluß der Großindustrie im westdeutschen Staat. Erst diese Restauration ermöglichte ab 1950 das Wiederanknüpfen an die während des Krieges schon recht entwickelte Nuklear-Technologie. So fand die »Stunde Null« der deutschen Wirtschaft nicht 1955 in Genf auf der 1. Internationalen Atomkonferenz statt - wie es Karl Winnacker in 'Das unverstandene Kernwunder' suggeriert. Das 'Wunderwerk' deutsche Kernenergie begann 1939 im Dritten Reich und hatte schon sehr früh in den Amtsstuben der Adenauer-Verwaltung und vor allem in den Chefetagen der wieder mächtigen

Großkonzerne eine heftige Wiederbelebung erfahren. Fast alles Entscheidende in der Reaktortechnologie und -theorie war während des Krieges erarbeitet worden. 1955 galt es nun auf den neuesten Stand der Reaktorentwicklung zu kommen...

Nach dem Krieg: Die Physiker des Kernwaffenprojekts kommen in Göttingen wieder zusammen

Bis zum Aufblühen der westdeutschen Atomwirtschaft in den 60ern mußte die deutsche Kernforschung erst aus der Isolation herausmanövriert werden, in die sie durch die Mitarbeit von 4/5 aller bedeutenden Kernphysiker an der Atombombenforschung für die Wehrmacht geraten war. Die Alliierten hatten beim Abhören der In England internierten Kernphysiker und durch die Analyse der nach USA beschlagnahmten Akten des deutschen Kernwaffenprojektes festgestellt, daß die Deutschen - trotz mangelnder Finanzierung durch die oberste Partei- und Staatsführung, trotz verzettelter Anstrengungen (alle mögliche Wege zur Bombe wurden erforscht und entwickelt) und innerer Streitigkeiten - kurz vor dem Durchbruch in der Uranforschung standen. Kein Wunder, dass sie zunächst alle angewandte Kernphysikforschung im besetzten Deutschland unter Verbot stellten. Aber dieses Kernforschungsverbot hinderte die 1946 aus der Internierung entlassenen Atomwissenschaftler keinesfalls daran, bald wieder zusammen Pläne für die Atom-Zukunft Deutschlands auszutüfteln. Da diese Kernphysiker sehr bald in die gestaltenden Gremien des westdeutschen Atomprogramms aufgenommen wurden, bemühte sich die Atomlobby schon recht früh um eine publizistische Ehrenrettung der Kernwaffenforscher des NS-Staates. Die Tätigkeit dieser Professoren im Hitler-Regime wurde verharmlost: Heisenberg, Wirtz & Co. werden heute in den Werbebroschüren der KKW-Propagandisten stets unter der harmlos klingenden Bezeichnung »Uranverein« geführt; glaubt man diesen Publikationen. So waren sie alle integre Wissenschaftler, die die Nazis geschickt mit einer Kernwaffen-Utopie genarrt hätten, nur um der NS-Führung Mittel für die friedlichste Kernforschung aller Zeiten abzuluchsen...

Die Nachkriegs-Forschergruppe - sie war kaum verschieden von der Mannschaft an der heimatischen Wissenschaftsfront vor 1945 - sammelte sich in Göttingen im alten Stammhaus wieder, im Kaiser-Wilhelm-Institut, welches aus kosmetischen Gründen und auf Geheiß der Alliierten in »Max-Planck-Gesellschaft« umbenannt wurde. Diese traditionsreiche Institution hatte schon während der Weimarer Republik die Wissenschaft der Wirtschaft dienstbar gemacht, bevor sie im III. Reich auf Kriegsforschung umgestellt wurde. Die auf der

ganzen Welt hochangesehene Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war 1911 von einflußreichen Großindustriellen mit einem anfänglichen Stiftungskapital von 20 Mio. Goldmark gegründet worden, um leistungsfähige Forschungsstätten im Interesse der Wirtschaftstrusts einzurichten. Die in den nur formal juristisch 'selbständigen' K.W.-Instituten getätigte Forschung wurde von den berühmtesten Namen der deutschen Wissenschaft geleitet: Otto Hahn, Lise Meitner, Fritz Haber, Werner Heisenberg; Carl Bosch, leitender Mann im Vorstand des Chemie- und Rüstungs-Imperiums IG Farben (damals der weltgrößte Chemie-Trust) war zu dieser Zeit Präsident des KWI.

Nach 1945 wurde im KWI-Nachfolgehaus »Max-Planck-Institut« angeblich nur an den "wissenschaftlichen Grundlagen" der Kernphysik wieder angeknüpft – behauptete Atom-Papst Karl Winnacker in seinem Buch »Schicksalsfrage Kernenergie«. Merkwürdigerweise, als 1954 die von ihm gegründete Physikalische Studiengesellschaft die Errichtung eines Kernreaktors 'eigener Konstruktion und eigener Fertigung' plant, kann sie sich schon stützen auf »Vorarbeiten, die Karl Wirtz im Göttinger Institut von Heisenberg ausgeführt hatte« - (so berichtet Karl Winnacker an einer anderen Stelle...).

Im Göttinger MPI hatten Vertreter der Großindustrie bereits die Weichen gestellt für eine Weiterführung der durch die Kapitulation unterbrochenen Kernforschung. Ganz ähnlich wie vor dem Krieg saßen in den Kontrollgremien der Max-Planck-Gesellschaften die neuen Vertreter jener Konzerne, die das ehemalige KWI trugen. Nur die Förderung war jetzt anders geregelt, die MPI-Institute wurden hauptsächlich vom Staat finanziert. Bestimmt haben aber Herren wie z.B. der Düsseldorfer Bankier Wilhelm Bötckes: er war Vize-Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und gleichzeitig Vorsitzender der Gründung der »Physikalischen Studiengesellschaft«, die uns gleich beschäftigen wird. Und Karl Winnacker, Vorstands-Vorsitzender der Hoechst AG, war Mitglied des Senats der Max-Planck-Gesellschaft.

Südafrika – Zusammenarbeit mit dem 'Apartheid-Regime'

Nur Dank der Aufklärungsarbeit des »African National Congress« konnte die weitgehend geheimgehaltene Zusammenarbeit Bonn/Pretoria auf dem Rüstungssektor, und da besonders auf nuklearem Gebiet, aufgedeckt werden. Der ANC, die Organisation des schwarzen Widerstandes gegen das Apartheid-Regime, enthüllte Dokumente, die eine nukleare Verschwörung BRD / Südafrika belegen und auf einen Schlag unzählige Dementis und Fehlinformationen der Bonner Regierung widerlegten. Die Briefe und Memoranden zwischen den Rassisten Südafri-

kas, Bundeswehr-Generälen, Bonner Spitzenpolitikern, deutschen Konzernmanagern und Kernforschern aus dem Karlsruher Zentrum, die der ANC veröffentlichte, entlarven eine jahrelange, geheime Kollaboration. Dieser Austausch brachte bis jetzt den Rassisten am Kap eine Großanlage für Urananreicherung, dem deutschen Atomkartell 40% des momentanen Uran-Jahresbedarfs, der in den besetzten Minen Namibias geschürft wird.

Die Urananreicherungsanlage, seit 1975 in Betrieb, hat höchstwahrscheinlich den südafrikanischen Militärs bereits zur Atombombe verholfen. Sagte doch schon Premier Forster im Jahr 1976:

"...wir können Uran anreichern ... und wir haben den Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen nicht unterzeichnet".

Wie auch im Falle Argentiniens und Brasiliens spielten Forscher und Manager des KFZ Karlsruhes, eine entscheidende Vermittlungsrolle in diesem Geschäft; die 1969 in Karlsruhe und Jülich eingerichteten »Internationalen Büros« haben einen wesentlichen Anteil daran, daß die wegen ihrer Rassenpolitik geächtete Regierung von Pretoria das im KFZ Karlsruhe entwickelte 'Becker'sche Trenndüsenverfahren' zur Urananreicherung vermittelt bekam.

Die nukleare Zusammenarbeit begann offiziell 1972 - die politische Verantwortung fällt hier der sozial-liberalen Regierung zu, die sich (auch in diesem Fall) am vorgeprägten CDU-Kurs hielt. Die ersten Kontakte hatten nämlich schon viel früher angefangen.

Im September 1958 kam A. Roux, Vizepräsident des für die Rüstungsforschung zuständigen CSIR und Direktor der südafrikanischen Atom-Behörde AEB (Atomic Energy Board), zum 1. Mal in die BRD und besuchte die Firma Degussa, ein Mitgliedskonzern des Atomkartells. A. Roux, eine führende Figur im deutsch/südafrikanischen Austausch, kam dann immer wieder nach Deutschland. 1963 war er im KFZ Karlsruhe, im März und September '73 erneut bei mehreren Firmen der Atomwirtschaft, im April '74, Februar und März '75 und Dezember '77 in der BRD.

1963 reiste Hermann J. Abs (Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Aufsichtsratsmitglied mehrerer Firmen der Atomwirtschaft) zu

N. Diederichs, damals Finanzminister der Südafrikanischen Republik (SAR) und Vorsitzender der AEB. In diesem Jahr beginnt in Palabora, Südafrika, ein Schürfungsprojekt für Kupfer und Uran, unter Führung der Degussa und der Norddeutschen Raffinerie, Hamburg und mit Unterstützung eines 108 Mio. DM-Exportkredits der Bundesregierung.



Brasilianische Militärdiktatoren verhandeln 1978 mit Atommanagern des KFZ

Teil des "Jahrhundertgeschäfts" der deutschen Atomwirtschaft war die Trenndüsenanlage zur Urananreicherung (Bild oben) - ein Patent des Karlsruher Forschungszentrums.

1965 wird der erste Forschungsreaktor in Südafrika in Betrieb genommen - ein Projekt von Allis Chalmers (USA), Krupp und Hochtief (BRD). 1968 werden riesige Uranvorkommen in Rössing, Namibia, entdeckt. Die Erschließung dieser Uranerzlager wird durch die (von der Bundesregierung kontrollierten und finanzierten) Uran-Gesellschaft mit Pretoria und dem Konzern Rio Tinto Zinc, London, betrieben. Im selben Jahr unterzeichnet die deutsche Atomfirma STEAG einen Vertrag mit der AEB/-Südafrika über atomare Zusammenarbeit. Sogar auf diplomatischer Ebene wird die Zusammenarbeit sichtbar: 1969 wird Atomexperte D. B. Sole Botschafter Südafrikas in der BRD - sicherlich keine zufällige Wahl. 1970 finden wir Prof. Becker, Leiter des Instituts für Kernverfahrenstechnik in Karlsruhe, auf Reise in

die SAR. Dieser Forscher des KFZ hatte das nach ihm benannte Trenndüsenverfahren für Urananreicherung erfunden, eine Methode, die wegen des sehr hohen Energiebedarfs in Europa nicht für die »friedliche Nutzung« benutzt wird... Becker's Kollege Dr. W. L. Grant, der südafrikanische Spezialist für Anreicherung, hatte die BRD schon 1969 besucht und Wissenschaftler der Atomenergiebehörde AEB hatten '69/'70 eine Spezialausbildung in Karlsruhe durchlaufen.

Die Kontakte verlagerten sich auf höhere Chargen im Jahr 1972, als der Atom-Deal perfekt gemacht wurde. Mit dem Staatssekretär im BMwF reiste der Vorsitzende des FZK Karlsruhe nach Pretoria; vereinbart wurde der Technologie-Export des Becker-Prozesses über die staatlich kontrollierte Firma STEAG, geheimer Austausch von Wissenschaftlern und die Zusammenarbeit wissenschaftlicher Institute. Es folgten zahlreiche gegenseitige Kontakte (meistens geheim gehaltene) von denen hier nur eine Auswahl erwähnt sei.

Lambsdorff war im Feb. 1975 in der Kap-Republik; zurück in Deutschland, empfahl er am 24. April dem Bundestag die BRD-Beteiligung am Urananreicherungsvorhaben. Stoltenberg, einer der eifrigsten Verfechter der atomaren Sache, war hier auch bemüht: er reiste 1973 und 1975 nach Südafrika, beide Male besuchte er das Nuklearzentrum in Pelindaba. Franz-Josef Strauß war seit 1971 mindestens viermal in Südafrika und hatte Vertreter der AEB mehrmals in München empfangen. Im Rahmen einer breiten, von der UN sanktionierten militärisch/wirtschaftlichen Unterstützung des Apartheid-Regimes besuchten die Bundeswehr-Generäle Rall, Tretner, Kielmansegg, de Maiziere und Grüner die SAAR, der Oberbefehlshaber und weitere höhere Apartheidoffiziere besuchten die BRD. Generalmajor du Toll vom Geheimdienst kam regelmäßig zu Besuch bei Bonner Kollegen.

Bei diesen zahlreichen Kontakten handelte es sich nicht um Höflichkeitsbesuche oder diplomatische Stilübungen. Es wurden vermittelt: Waffentechnologie (Radarsysteme, Elektronik, Raketentechnik), strategische Informationen, das Knowhow für die Herstellung von Bomben-Uran. Regierung, Privatfirmen und öffentliche Institute ignorierten alle UN-Beschlüsse zur Isolierung des rassistischen SAR-Regimes und in einem Jahrzehnt avancierte die BRD zur Gruppe der wichtigsten Kollaborateure der Apartheid-Regierung. Die vielen Verbindungen genießen die aktive und ausdrückliche Unterstützung der Bundesregierung, die Besorgtheit der sozialliberalen Koalition ging so weit, die Bürgschaften für die Absicherung der Exporte in die SAR um 300% zu erhöhen.

Vermittlerin des Urananreicherungsprozesses war die Firma STEAG, die die Weltrechte für die kommerzielle Nutzung des Becker-Systems vom

KFZ Karlsruhe im Jahre 1970 erwarb. Diese Atomfirma mit Anteilen der Bundesregierung und unter deren finanzieller Kontrolle, unterzeichnete 1973 mit der UCOR-Südafrika die Sub-Lizenzierung des Becker-Verfahrens - mit Zustimmung des KFZ. Als Proteste laut wurden, wurde vom KFZ die Verantwortung für die Vergabe der Sub-Lizenz auf ihren Vorsitzenden Staatssekretär Haunschild, dann auf die Staatssekretärrunde des Wirtschafts- und Außenministeriums und des Bundeskanzleramtes und schließlich auf das Kabinett abgeschoben...

Das Kabinett in Bonn befaßte sich am 17. Oktober 1973 mit der Frage der Lizenzvergabe; Willy Brandt und das Kabinett wollten der STEAG die Vergabe der Sub-Lizenz genehmigen. Da aber die Minister Eppler und Maihofer nicht einverstanden waren, wurde die Sache um eine Woche verschoben. Die STEAG, in Furcht vor einer Ausweitung der Ablehnung, machte einen schnellen Rückzieher: sie zog den Genehmigungsantrag zurück und ließ die Opponenten im Glauben, die Sache sei vom Tisch. Nach diesem taktischen (Rück-)Zug kam es über unauffälligere Wege schließlich doch zur Unterzeichnung eines Abkommens im März 1974. Für diesen Zweck hatte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Rohwedder empfohlen, die STEAG möge von deutscher Seite die Beteiligung weiterer Firmen in ein neues Konsortium erreichen.

Hans Nuns

Kontakt:

Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de
Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
für Frieden und Zukunftsfähigkeit www.natwiss.de
Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf